

HEIDELBERGER ERKLÄRUNG

zur Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

I.

Vor einem Jahr hat Deutschland, wie inzwischen die meisten Industrieländer, eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ verabschiedet. Die Bundesregierung hat sich eine Reihe anspruchsvoller Ziele, beispielsweise eine starke Verringerung des Anstiegs des Flächenverbrauchs, gesetzt sowie Umsetzungsschritte für ausgewählte Handlungsfelder wie Energie und Klimaschutz, Mobilität sowie Landwirtschaft und Ernährung entwickelt. Damit werden Fortschritte und Probleme auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit nachvollziehbar. 2004 wird die Bundesregierung zum ersten Mal über die Umsetzung berichten. Im aktuellen Regierungshandeln spielt die Strategie jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Gerade die Debatte um die Agenda 2010 zeigt, dass im politischen Diskurs Nachhaltigkeitsaspekte weitgehend ausgeklammert werden und andere Interessen dominieren.

Wir – Vorstände und Mitglieder der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) sowie Personen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, die sich der Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet fühlen – fordern die Bundesregierung auf, Nachhaltigkeit wieder auf die politische Agenda zu setzen und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie auch in der Praxis voranzubringen. Wir sehen die dringende Notwendigkeit zur Weiterentwicklung und Konkretisierung der Strategie. Im Rahmen der Tagung „Nationale Nachhaltigkeitsstrategien. Perspektiven der Umsetzung und Weiterentwicklung“ vom 22. bis 24. Mai 2003 in Heidelberg haben wir dies anhand der vier ausgewählten Themenbereiche (i) Umsetzungs- und Weiterentwicklungsprozess, (ii) Wachstum – Innovation – Suffizienz, (iii) Bildung und Wissenschaft sowie (iv) Gender und Nachhaltigkeit näher diskutiert.

II. Umsetzungs- und Weiterentwicklungsprozess

Damit der Umsetzungs- und Weiterentwicklungsprozess an Dynamik gewinnt, sind Menschen und institutionelle Vorkehrungen zu stärken, die das Langfristthema Nachhaltigkeit auf der Agenda halten. Dabei ist dem Konzept des Gender-Mainstreaming Rechnung zu tragen. Akteure wie der Rat für Nachhaltige Entwicklung, Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt- und Entwicklung sowie Organisationsprozesse auf lokaler Ebene wie z.B. Agendabüros und andere Transferstellen sind finanziell und - geschlechterparitätisch - personell zu stärken. Die Politik selbst sollte alle politischen Vorhaben generell auf ihre Konsistenz mit der Nachhaltigkeitsstrategie prüfen.

Von einer Umsetzung der Strategie ist derzeit noch wenig zu spüren. Diese muss nach dem Muster der EU als Querschnittspolitik in alle Ressorts integriert werden. Die Ressorts müssen in transparenter Form konkrete Zwischenziele und Maßnahmen zu deren Umsetzung formulieren. Wir fordern die Bundesregierung zudem auf, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass auch Wirtschaft und VerbraucherInnen bestärkt werden, im Sinne der Nachhaltigkeit zu handeln. Die Umsetzung einer sozial-ökologischen Finanzreform kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Damit das Nachhaltigkeitsthema für eine breite Öffentlichkeit greifbar wird und auch die Ebene des Alltagshandelns erreicht, bedarf es einer kontinuierlichen Kommunikation anhand anregender Beispiele wie dem vom Rat in die Diskussion gebrachten nachhaltigen Warenkorb. Weiterhin empfehlen wir, ähnlich wie in Österreich, den Umsetzungsprozess wissenschaftlich begleiten und bewerten zu lassen.

Ebenso wichtig ist es, die Nachhaltigkeitsstrategie inhaltlich weiter zu entwickeln. In Bezug auf die Handlungsfelder ist dies in der Strategie selbst angelegt, denn weitere Felder wie z.B. die Minderung des Flächenverbrauchs sind noch kaum konkretisiert. Der Prozess und die Rollenverteilung der Akteure sind aber bisher nicht deutlich beschrieben. Notwendig ist zunächst die klare und transparente Zuweisung von Verantwortlichkeiten. Wichtig sind auch methodisch geleitete Partizipationsmöglichkeiten. Wir fordern die Bundesregierung auf, bei der Weiterentwicklung zumindest in einem Handlungsfeld modellhaft einen breiten und offenen Partizipationsprozess zu organisieren. Die Chancen des Handlungsfeldansatzes, an konkreten Nachhaltigkeitsproblemen wie z.B. dem zunehmenden Flächenverbrauch anzusetzen, können so besser genutzt werden. Ein mögliches Instrument zur Einbeziehung der Problemverursacher sind die vom SRU vorgeschlagenen Sektorkonferenzen, im Handlungsfeld Fläche zum Beispiel mit der Bau- und Verkehrswirtschaft. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung sollte dabei eine wichtige Rolle spielen.

III. Wachstum – Innovation – Suffizienz

Die globale Nichtübertragbarkeit des Entwicklungsmodells der reichen Industriestaaten ist ein Schlüsselproblem nachhaltiger Entwicklung. Dies wird in der Nachhaltigkeitsstrategie zwar explizit anerkannt, im Hinblick auf das Wachstumsziel aber nicht kritisch thematisiert. Dieser Mangel sollte zum Anlass genommen werden, über eine neue vorsorgeorientierte Konzeption von Wirtschaften sowie über eine Neubewertung wirtschaftlichen Erfolgs nachzudenken. Dabei müssen auch umfassendere Ansätze der Bewertung gesellschaftlicher Aktivitäten berücksichtigt werden. Wirtschaftswachstum ist für eine nachhaltige Entwicklung kein eigenständiges Ziel, sondern Folge von Aktivitäten, die auf Ziele wie Lebensqualität gerichtet sind und letztlich nur in dem Maße tragfähig, wie die Erreichung der Gesamtheit der Nachhaltigkeitsziele nicht beeinträchtigt wird.

Bisher wird Wirtschaftswachstum in der Nachhaltigkeitsstrategie als unproblematisches wirtschaftspolitisches Ziel präsentiert. Dies ist mit einem auf Vorsorge und Nachhaltigkeit ausgerichteten Konzept des Wirtschaftens nicht mehr vereinbar. Eine moderne Nachhaltigkeitspolitik muss sich dem Problem stellen, dass das Wirtschaftswachstum nicht nur Probleme löst, sondern auch neue schafft.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie setzt bisher einseitig auf Innovationen, die im Rahmen einer „Effizienzrevolution“ die Ressourcenproduktivität steigern sollen. Die Zielsetzung, die Produktivität der Umweltnutzung deutlich zu erhöhen, begrüßen wir nachdrücklich. Diesbezüglich zeigt die Strategie richtige Ansätze, etwa beim Klimaschutz. In einer wachsenden Wirtschaft können jedoch Produktivitätsgewinne durch Wachstumseffekte (über-)kompensiert werden. Wir betonen daher die Bedeutung absoluter Mengengrenzungen für den Umweltverbrauch und entsprechender politischer Zielsetzungen.

Darüber hinaus ist ein gesellschaftlicher Diskurs über Suffizienzstrategien notwendig. Neben technischen und organisatorischen Innovationen müssen auch Lebensstil-Innovationen Thema einer Nachhaltigkeitsstrategie sein. Seit einigen Jahren deuten wissenschaftliche Studien darauf hin, dass in den Industrieländern Wirtschaftswachstum nicht notwendigerweise zu mehr Lebensqualität führt. Deshalb muss die in der Strategie ausgedrückte Auffassung, das Inlandsprodukt sei ein angemessener Indikator für Lebensqualität, zurückgewiesen werden. Die Entwicklung der Lebensqualität lässt sich durch alternative Indizes besser abbilden.

IV. Bildung und Wissenschaft

Bildung und Qualifizierung müssen in der anstehenden Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wieder Priorität haben und auf die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet werden. Dazu sollte Nachhaltigkeit als Inhalt in alle Bildungszusammenhänge integriert werden. Dabei müssen Lebensnähe mit Zusammenhangswissen kombiniert

und nachhaltige Schlüsselqualifikationen wie der Umgang mit Unsicherheit, mit Komplexität, mit alternativen Wissensformen und mit Nicht-Wissen erlernt werden. Bildung hat dabei sowohl eine Qualifizierungs- als auch eine Emanzipationsfunktion. Vor-schulische und schulische Bildung sollten stärker als bisher in die Pflicht genommen werden, die Ziele der Nachhaltigkeit zu vermitteln und zu einer kritischen Auseinandersetzung mit nicht-nachhaltigen Gesellschafts- und Technologietrends anzuregen.

An den Hochschulen sollte Nachhaltigkeit in Lehre, Studium und Forschung als Integrations-thema verschiedener disziplinärer Zugänge verankert werden. Dazu bedarf es der Ausbildung horizontaler Strukturen quer zu den Disziplinen, um interdisziplinäre Forschung und Qualifizierungswege zu ermöglichen. Die alleinige Wettbewerbsorientierung in den Hochschulen, wie in der Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehen, ist wenig zielführend im Sinne der Nachhaltigkeit. Es müssen vielmehr die Inhalte wissenschaftlicher Forschung stärker an den Zielen der Nachhaltigkeit orientiert werden. Dementsprechend müssen die nationale und EU-weite Forschungsförderung und die damit zusammenhängenden Begutachtungssysteme auf die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung in Richtung Langfristigkeit, Problemlösungsorientierung, globale Vernetzung und Integration verschiedener Problemfelder und Disziplinen zugeschnitten werden.

V. Gender und Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung zielt auf inter- und intragenerative Gerechtigkeit. Damit schließt das Nachhaltigkeitsziel auch die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit ein. Eine Gesellschaft, in der Versorgungs- und Erwerbsarbeit und folglich Einkommen, Entscheidungsbefugnisse, Verantwortlichkeiten und Lebenschancen zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt sind und bewertet werden, kann keine nachhaltige Gesellschaft sein. Mehr noch: Hinter dieser Ungerechtigkeit verbirgt sich ein enger, erwerbsarbeitszentrierter Blickwinkel. Um Nachhaltigkeit zu gestalten, geht es jedoch um einen Perspektivenwechsel und einen erweiterten Blick. In Bezug auf die strategischen Zugänge zu einer nachhaltigen Entwicklung gilt es, die Vielfalt und Komplexität alltäglicher Lebensweisen als Ausgangspunkt in allen Politikfeldern zu nehmen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Geschlechtergerechtigkeit in dieser Weise als integralen Bestandteil von Nachhaltigkeitspolitik in der Weiterentwicklung ihrer Strategie zu berücksichtigen. Dies schließt die Konkretisierung gleichstellungspolitischer Strategien ebenso ein wie eine Verbesserung und Erweiterung der hierauf bezogenen Indikatoren. Dabei haben Indikatoren zur geschlechtsspezifischen Zeitverwendung besonderes Gewicht. Für die Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitskonzepten sind die wissenschaftskritischen, inhaltlichen und methodischen Ergebnisse der Forschung zu Gender und Nachhaltigkeit aufzunehmen.

VI. Schluss

Wir fordern die Bundesregierung und andere für eine nachhaltige Entwicklung bedeutsame Akteure auf, die in der Nachhaltigkeitsstrategie benannten Ziele und Maßnahmen ernst zu nehmen. „Nicht im Reden“, so heißt es in der Strategie, „sondern im Handeln wird sich die Generationenverantwortung beweisen.“ Wir fordern daher, die Strategie entsprechend weiterzuentwickeln und den richtigen Ansätzen entsprechende politische Taten folgen zu lassen. Dies gilt nicht nur für die hier angesprochenen Themenfelder. Insbesondere ist die Verantwortung Deutschlands für internationale Gerechtigkeit stärker zu betonen und mit ambitionierteren und langfristigeren Zielsetzungen etwa im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu untermauern.

Heidelberg, im Mai 2003

Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen:

Sonja Bartelt (Vereinigung für Ökologische Wirtschaftsforschung e.V. - VÖW, Berlin); Sigfried Behrendt (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH – IZT, Berlin); Prof. Dr. Adelheid Biesecker (Universität Bremen); Prof. Dr. Karl-Werner Brandt (Münchener Projektgruppe für Sozialforschung e.V.); Prof. Dr. Christiane Busch-Lüty (Vorstand der Vereinigung für Ökologische Ökonomie e.V. - VÖÖ, Ebenhausen); Matthias Deutsch (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin); Prof. Dr. Peter Finke (Universität Bielefeld); Marcus Franken (VÖW-Vorstand; eclareon GmbH, Berlin); Sabine Frerichs (Universität Bamberg); Helmut Geißler (STATTwerke Consult – Gesellschaft für Unternehmensberatung und Projektentwicklung mbH, Berlin); Dr. Edgar Göll (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH – IZT, Berlin); Sabine Hofmeister (Universität Lüneburg); Jürgen Kopfmüller (VÖÖ-Vorstand; Forschungszentrum Karlsruhe GmbH Technik und Umwelt); Prof. Dr. Rolf Kreibich (Geschäftsführer, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH – IZT, Berlin); Dr. Cordula Kropp (Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V. -MPS); Prof. Dr. Eva Lang (VÖÖ –Vorstand; München); Christian D. León (Stuttgart); Dr. Fred Luks (VÖÖ-Vorstand; Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik); Prof. Dr. Helge Majer (Universität Stuttgart); Dr. Samuel Mauch (Mauch Consulting); Mario Meinecke (VÖW-Vorstand); Tanja Mölders (Universität Lüneburg); Jan Nill (VÖW-Vorstand; Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH, Berlin); Dr. Peter Plöger (VÖÖ-Vorstand); Dr. Elisabeth Redler, (gemeinnützige Forschungsgesellschaft anstiftung mbH); Dr. Frieder Rubik (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH, Heidelberg); Prof. Dr. Stefan Schaltegger (VÖW-Vorstand; Universität Lüneburg); Dr. Andreas Stockey (Bielefeld); Prof. Dr. Uwe Schneidewind (VÖW-Vorstand; Universität Oldenburg); Karsten Schomaker (VÖW-Vorstand; Institut für Ressourcenschonung, Innovation und Sustainability e.V. - IRIS, Berlin); Bernhard Schowe von der Brelie (VÖW-Vorstand, RWTH Aachen), Bettina Schrader (VÖW-Vorstand); Daniel Sieben (Heidelberg); Dr. Bernd Siebenhüner (VÖW-Vorstand; Universität Oldenburg); Joachim Spangenberg (Sustainable Europe Research Institute, Köln); Christoph Spanke (Starnberg); Prof. Dr. Harald Spehl (Universität Trier); Prof. Carsten Stahmer (Wiesbaden/Heidelberg); Dr. Andreas Stockey (Bielefeld); Ralf Tils (Universität Lüneburg); Annette Volkens (VÖW-Vorstand); Beate Weber (Oberbürgermeisterin von Heidelberg); Prof. Dr. Ines Weller (Universität Bremen); Christine Wenzl (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. - BUND); Dr. Wilfried Wittenberg (Universität Karlsruhe); Dr. Angelika Zahrnt (Vorsitzende, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V. - BUND)